

Kein Lebensraum für den Luchs

Landesjagdverband Baden-Württemberg wehrt sich gegen ungerechtfertigte Angriffe

Die Fraktion der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg hat nunmehr einen Antrag zur Wiedereinbürgerung des Luchses in den Schwarzwald zu Lasten der Steuerzahler gestellt und dabei auf billige Weise mal wieder auf die Jäger eingeschlagen. Der LJV hat sich allerdings etwas gewundert, daß auch das Ministerium in seiner Erklärung zur Ablehnung der privaten Luchsinitiative nur den LJV namentlich nennt und den sehr viel gewichtigeren Anteil der Bedenken der Landwirtschaft, insbesondere der Schwarzwälder Bergbauern, in keiner Weise „würdigt“. Inzwischen hat auch die SPD eine Initiative der Landesregierung gefordert.

Sachargumente

Die Motive des LJV für seine Ablehnung dieses Experiments sind dagegen nicht parteipolitischer Natur, sondern wie folgt begründet:

1. Der Luchs gehört zum Wild und unterliegt dem Jagdrecht (BJG § 2 (1) Nr. 1). Inhaber des Jagdrechts sind die Grundeigentümer. Ohne Zustimmung dieser Jagdrechtsinhaber ist eine Wiedereinbürgerung einer nicht mehr heimischen Art unseres Erachtens nicht zulässig. Die Eigentumsflächen des Landes Baden-Württemberg allein reichen nicht aus.

2. Wir haben Bedenken bezüglich des artgerechten Lebensraums. Der Schwarzwald ist wesentlich stärker wirtschaftlich-zivilisatorisch erschlossen als die Vogesen und der Schweizer Jura. Dies gilt insbesondere für die verkehrsmäßige Infrastruktur. Immerhin ist ein offensichtlich aus der Schweiz oder Frankreich zugewandener Luchs auf der Autobahn südlich Freiburgs überfahren worden.

3. Nach diesem Verkehrsopfer gibt es zuverlässige Hinweise für eine weitere Zuwanderung im Hochschwarzwald. Der LJV hat für diesen und eventuelle weitere natür-

Dem Projekt für die Wiedereinbürgerung des Luchses in den Schwarzwald wurde vom baden-württembergischen Landwirtschaftsministerium eine Absage erteilt (die „Pirsch“ berichtete) – der „Schwarze Peter“ dem Landesjagdverband zugeschoben. Befürworter des Experiments aller Couleur reagierten mit heftigen Attacken, in einer Presseerklärung stellt der LJV hier noch einmal seine Argumente vor.



Foto C. Morerod

Wenn der Luchs von alleine kommt, sind die Jäger dabei.

liche Zuwanderer die Patenschaft übernommen.

4. Eine natürliche Wiederbesiedlung wird, wenn sie erfolgen sollte, von der Jägerschaft begrüßt. Sie hätte den Vorzug einer allmählichen Gewöhnung aller anderen Arten an diesen nicht mehr tradierten Beutegreifer, im Gegensatz zu einer plötzlichen Konfrontation mit mindestens acht bis zehn importierten Luchsen aus Osteuropa.

5. Die Jäger und die Waldbauern vor Ort, die vielfach die Jagd auf eigenem Grund

selbst ausüben, haben nicht die Sorge einer Dezimierung des Rehwildes durch den Luchs, aber die Sorge einer noch schwierigeren Bejagung, dies gerade zu einer Zeit, wo nach der Sturmkatastrophe eine effektive Schwerpunktbejagung erforderlich ist. Zu der allgemein starken Beunruhigung durch den Menschen käme die ungewohnte zusätzliche Störung durch den neuen Beutegreifer hinzu. Dies bestätigen auch die Erfahrungen in der Schweiz.

6. Nicht eindeutig geklärt ist die Frage einer zusätzlichen

Bedrohung des stark gefährdeten Bodenbrüters Auerhuhn. Es ist ein Unterschied, ob in einer stabilen Auerwildpopulation einige wenige Exemplare gerissen werden oder ob mit einem Zufallsriß eine Inselformation ausstirbt.

7. Wir teilen die folgende Aussage des Zoologen Dr. Blankenhorn, Eidgenössischer Jagdinspektor beim Schweizer „Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft“ in Bern: „Ich habe eine kritische Einstellung zu Aussetzungen. Aussetzungen sind das letzte und sehr aufwendige Mittel, Tierarten zu erhalten. Es wäre viel sinnvoller, rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, um Tierarten, die selten werden, vor dem gänzlichen Aussterben zu bewahren.“ (Zitat aus „Infodienst Wildbiologie und Oekologie“, Zürich)

8. Es erscheint uns doch sehr merkwürdig, daß zumindest ein Teil der Befürworter der Luchs-Wiedereinbürgerung dem Wiedereinbürgerungsprojekt „Birkhuhn“ des LJV mit dem Argument „verlorengangener Lebensraum“ entgegenwirken. Selbst das Storchenaufzuchtprogramm in Baden-Württemberg wird teilweise heftig kritisiert!

9. Letztlich ist der LJV der Meinung, daß im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands in den neuen Bundesländern besonders auch im Umwelt- und Naturschutzbereich gewaltige Aufgaben auf uns zukommen, für die alle verfügbaren Finanzmittel des Staates und der Privaten vorrangig aufgewendet werden sollten. Wir halten die Sicherung noch einmaliger Biotope mit seltensten Arten (z. B. Großtrappe, Kranich) in Ostdeutschland für wichtiger als ein zumindest bis jetzt zweifelhaftes Luchs-Experiment im Schwarzwald.

LJV Baden-Württemberg,
A. H. Neuhaus,
Landesjägermeister